



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 15. Juni 2020

Weichenstellung gegen steigende Sozialhilfekosten

Die Hälfte der Erwachsenen, die Sozialhilfe benötigen, hat keinen Berufsabschluss. Lesen, Schreiben, Rechnen oder einfache Computeranwendungen fallen vielen von ihnen schwer. Am 17. Juni behandelt der Ständerat die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021 bis 2024. Damit entscheidet er unter anderem auch, wie viel Geld für die nachhaltige Integration von Sozialhilfebeziehenden durch Bildungsmassnahmen zur Verfügung steht. Der Schweizerische Städteverband fordert den Ständerat auf, jetzt einen entscheidenden Schritt zur Armutsprävention zu machen und die Erhöhung der Mittel für die Förderung von Grundkompetenzen auf 40 Millionen Franken gutzuheissen.

Viele Personen, die Sozialhilfe benötigen, verfügen nicht über die Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration in den sich rasch entwickelnden Arbeitsmarkt. Die Hälfte der erwachsenen Sozialhilfebeziehenden hat keinen Berufsabschluss. Fast 30 Prozent haben Probleme mit den Grundkompetenzen. Als Grundkompetenzen zählen Fähigkeiten wie Lesen und Schreiben, mündliche Ausdrucksweise und Mathematik sowie einfache Computeranwendungskennntnisse.

Mit geeigneten Bildungsmassnahmen können gemäss Schätzungen von Experten aus dem Sozial- und Bildungsbereich 40 Prozent der Sozialhilfebeziehenden ohne Berufsabschluss und/oder mit ungenügenden Grundkompetenzen nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das sind schweizweit rund 70 000 Personen. Gerade auch vor dem Hintergrund von voraussichtlich steigenden Sozialhilfezahlen aufgrund der Corona-Krise ist es aus sozialer und volkswirtschaftlicher Perspektive vordringlich, diesen Personen mit Bildungsmassnahmen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Das Weiterbildungsgesetz sieht für Aktivitäten in diesem Bereich Finanzhilfen des Bundes an die Kantone vor. Der in der Periode 2017-2020 im Rahmen der BFI-Botschaft verfügbare Kredit von 15 Millionen Franken ist aber äusserst bescheiden und wird dem Förderbedarf nicht gerecht. Der Ständerat entscheidet am Mittwoch darüber, den Bundesbeitrag zur Stärkung der Grundkompetenzen für die Jahre 2021-2024 auf 40 Millionen Franken zu erhöhen (Art. 1, Minderheit II). Der Städteverband fordert den Ständerat auf, diese Gelegenheit zur Bekämpfung steigender Sozialhilfekosten zu nutzen und der Einführung eines Armutsmonitorings jetzt einen konkreten Schritt zur Armutsprävention folgen zu lassen.

Städte unterstützen die Förderung von Arbeit dank Bildung

Städte sind von Entwicklungen in der Sozialhilfe zuerst und in hohem Masse betroffen. In den sechs grössten Städten lebt mehr als ein Viertel aller Sozialhilfebeziehenden der Schweiz. Die Sozialhilfefquote, also der Anteil der Sozialhilfebeziehenden an der Bevölkerung, ist in städtischen Gebieten höher als in ländlichen. Die Sozialhilfe könnte, auch aus Sicht städtischer Fachleute, durch Investitionen in die Weiterbildung und in die Förderung der Grundkompetenzen von Erwachsenen nachhaltig entlastet werden. Der Präsident des Städteverbandes, Nationalrat Kurt Fluri, hat deshalb die Motion «Arbeit dank Bildung» (18.3537) eingereicht. Der Vorstoss wurde noch nicht vom Nationalrat behandelt.



Weitere Informationen:

Nationalrat Kurt Fluri, Stadtpräsident Solothurn, Präsident Schweizerischer Städteverband, 079 415 58 88.

Sami Kanaan, Stadtpräsident Genf, Vizepräsident Schweizerischer Städteverband, 079 204 30 12.

Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.